

(Abgeordneter Dr. Zöphel.)

(A) Es ist aber meiner Ansicht nach verfehlt, die Unerfreulichkeit der heutigen Situation in dem Antrage Bassermann-Erzberger zu suchen. Der Antrag Bassermann-Erzberger ist einfach die Folge aus der Vergangenheit.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Meiner Ansicht nach liegt die Sünde, die hier begangen worden ist, viel weiter zurück, nämlich in der Sprengung des von Bülow geschaffenen Blocks.

(Sehr richtig! in der Mitte. — Zuruf rechts.)

Ich freue mich, daß sogar der Herr Kollege Dr. Böhme „Na endlich!“ sagt. Er scheint doch die Schlüssigkeit dieser Beweisführung anerkennen zu wollen.

(Heiterkeit links und in der Mitte. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Böhme.)

Nun, wenn Sie geschichtliche Zusammenhänge zu übersehen vermögen — ich habe wiederholt vermißt, daß Sie das können —, werden Sie mir recht geben.

Dieser heutige Reichstag ist ein naturgemäßer Rückschlag gegen die damals eingeleitete Reichsfinanzreform, die leider von den Konservativen verkümmert worden ist. Damals stand noch in Frage, ob wir dem Deutschen Reiche eine Finanzreform geben könnten, in der die direkte

(B) Steuer, die allen Bundesstaaten erträglich erschien, auch unserer sächsischen Regierung, und von ihr sehr lebhaft vertreten wurde, nämlich die Erbanfallsteuer, vorhanden war.

(Abgeordneter Dr. Böhme: Ist das eine direkte Steuer?)

Wenn das Reichsgericht das Gegenteil sagt, so sagt es das aus ganz anderen Gründen, als für uns politisch in Betracht kommen.

Damals wäre eine Lösung gefunden gewesen, aber dadurch, daß die Einflüsse von rechts die Stellung des Fürsten Bülow erschütterten und damit die Reichsfinanzreform in ganz andere Bahnen geleitet wurden und große Opfer den minderbemittelten Schichten aufgelegt wurden, dadurch ist schließlich ein Reichstag zustande gekommen, der von einem starken sozialdemokratischen linken Flügel besetzt ist.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Und das ist der eigentliche Grund für die augenblickliche unerfreuliche Lage. Man soll aber nicht die Reichsverfassung und das Reichstagswahlrecht als solches der Schuld zeihen, sondern soll den Fehler dort suchen, wo er wirklich begangen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Abgeordneter Günther: Verkehrte Finanzpolitik!)

(C) Nun ist meiner Auffassung nach gerade in der Reichsverfassung die Sicherheit für die Unantastbarkeit der Einzelstaaten am besten gegeben. Gerade die Reichsverfassung als solche bietet die beste Gewähr für die Einzelstaaten, daß jeder Träger der Macht in den Einzelstaaten auch einen ihm gebührenden Einfluß im Deutschen Reiche innehat. Jeder Partikularismus aber, meine Herren, führt zur Ausschaltung des minderstarken Teils im Reiche. Schon Fürst Bismarck hat gewarnt vor dem schlimmsten Feinde, dem preußischen Partikularismus,

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

und der preußische Partikularismus regt allerdings in einer Weise sein Haupt, daß wir die ernstesten Besorgnisse für unsere Zukunft hegen müssen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wenn einmal die partikularistischen Tendenzen auftreten, so handelt es sich um die Macht, so wird die Auseinandersetzung zwischen den Einzelstaaten zur Machtfrage, und der stärkste dieser Teile wird dann immer der Sieger sein. Wir haben also gar kein Interesse, die partikularistischen Tendenzen großzuziehen. Wir können bei dieser Auseinandersetzung keinesfalls einen Gewinn ziehen.

(Abgeordneter Dr. Böhme: Das ist nicht partikularistisch, sondern föderalistisch!)

(D) Ja, der Herr Abgeordnete Dr. Böhme hat meine bisherigen Ausführungen noch nicht verstanden. Ich bedaure, ihm nicht ein Privatkolleg lesen zu können, bin aber gern bereit, das außerhalb dieses Hauses zu tun.

(Heiterkeit.)

Die Steuern, die das Reich für sich aufnimmt, sind eine Basis für eine selbständige Politik des Reiches, und es ist eine Verkümmern des Reichsgedankens bisher gewesen, daß das Deutsche Reich von den Einzelstaaten in seiner Finanzgebarung abhängig ist, daß es sozusagen kein eigenes Finanzgerippe hat, daß es sich als Kostgänger der Einzelstaaten gebärden muß, nachdem die ersten Versuche, mit indirekten Steuern und Zöllen darüber hinwegzukommen, die anfangs sehr erfolgreich erschienen, schließlich doch unzureichend waren. Es wird also durchaus das Interesse des Reiches und der Einzelstaaten dadurch gewahrt, daß das Reich selbst ausgiebige Finanzen zur Verfügung hat, und soweit das Reich die direkten Steuern in Anspruch nehmen kann, ohne die Einzelstaaten dadurch zu gefährden, müssen wir dies begrüßen, und wir können uns nicht in eine Beurteilung dieses Systems